

22. Plenarsitzung am 30. September 2010 – Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Flexibles Jugendmanagement in allen Landkreisen umsetzen“ – Rede von Patrick Schreiber MdL

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Klepsch, mir hätte fast etwas gefehlt, wenn Sie nicht wieder den Bezug zu aktuellen Haushaltstiteln und Haushaltsvorschlägen aufgegriffen hätten.

Mir hätte etwas gefehlt, wenn Sie den Bezug zur Jugendpauschale und den in diesem Jahr vorgenommenen Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht vorgenommen hätten.

Mir hätte etwas gefehlt, wenn Sie die Haushaltstitel, die jetzt als Vorschlag der Staatsregierung auf dem Papier stehen, nicht völlig miss- und fehlinterpretiert hätten.

Es hätte mir etwas gefehlt, wenn Sie sich einzig und allein auf den Inhalt Ihres Antrags bezogen hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit einem Jahr wird in drei sächsischen Landkreisen das „flexible Jugendmanagement“ erprobt. Im Erzgebirgskreis, im Landkreis Meißen und im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge wird dieses Angebot, man kann sagen, erfolgreich umgesetzt.

Es unterstützt und ergänzt die kommunale Kinder- und Jugendhilfe.

Zielstellung dieses Modellprojekts war und ist es, den verbandlichen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe durch sozialpädagogisch ausgebildete Fachkräfte auf örtlicher Ebene Unterstützung zu geben.

Insbesondere geht es darum, mit dem Flexiblen Jugendmanagement zur
Demokratiebildung

und

-erziehung junger Menschen beizutragen. Dadurch soll extremistischen Tendenzen vorgebeugt und antidemokratischen Organisationen der Boden entzogen werden, Strukturen aufzubauen bzw. weiter zu etablieren.

Das gilt im Übrigen für alle extremistischen Tendenzen – sowohl von Rechts als auch von Links.

Für den Landkreis Meißen, aber auch für Sächsische Schweiz weiß ich, dass dieses Konzept sehr gut angelaufen ist, auch wenn die Implementierung am Anfang sehr schwierig war.

Kernaufgabe ist die fachliche Beratung, Begleitung, Ermutigung und Anregung engagierter junger Menschen. Bewährt hat sich dabei die sogenannte „Komm-Struktur“.

Wer eine Idee hat, die er umsetzen möchte, aber nicht weiß, wie er das machen soll, findet bei den Mitarbeitern des flexiblen Jugendmanagements die richtigen Ansprechpartner. Die Fachkräfte werden angefordert bzw. vermittelt und helfen vor Ort. Sie ermutigen somit junge Menschen zu ehrenamtlichem Engagement innerhalb und vor allem außerhalb von verbandlichen Strukturen.

Dabei sind die „Flexis“ Impulsgeber und Problemlöser; sie helfen beim Aufbau von Jugendnetzwerken und bringen die unterschiedlichsten Jugendgruppen zusammen. Damit sensibilisieren sie junge Menschen für Toleranz und Fremdes; sie tragen dazu bei, Neuem offen gegenüber zu stehen und schaffen zugleich aber auch ein Gefühl für die eigene Identität.

Meine Damen und Herren!

Wir dürfen an dieser Stelle nicht vergessen, dass das Flexible Jugendmanagement ein **ergänzendes** Angebot für die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe in den Landkreisen ist. Es dient der Koordination. Es sollen diejenigen unterstützt werden die sich schon ein wenig engagieren oder zumindest dazu motiviert sind, sich zu engagieren.

Es wirkt im ehrenamtlichen Bereich. Es hat die Arbeit der Kinder- und Jugendringe intensiviert und qualifiziert.

Eines ist aber klarzustellen: Das Flexible Jugendmanagement ist nicht dazu da, im klassischen Sinne Jugendarbeit zu leisten. Für die Ausgestaltung sind nach wie vor die kommunalen Träger der Jugendhilfe nach dem Sozialgesetzbuch VIII zuständig.

Zwischenruf durch den Abgeordneten Hahn

Richtig. Herr Hahn, Sie sind doch Kreisrat. Stellen Sie doch den entsprechenden Vereinen und Trägern in Ihrem Kreis das Geld zur Verfügung.

Zwischenruf durch den Abgeordneten Hahn

Herr Hahn, wenn Sie eine Frage oder Anmerkung haben, machen sie eine Kurzintervention oder stellen Sie eine Frage. Danke schön.

Für diese gilt: auf gesondertem Wege müssen Möglichkeiten gefunden werden, um die Jugendarbeit vor Ort zu gewährleisten.

Wir bekennen uns deshalb – ich bin sehr froh, dass unser Koalitionsvertrag immer wieder zitiert wird - weiterhin zur Jugendpauschale. Wir unterstützen die Städte und Landkreise auch weiterhin bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Das macht auch der Staatshaushalt 2011/2012 deutlich.

Meine Damen und Herren!

Ich begrüße ausdrücklich, dass das Modell zunächst erprobt und dementsprechend evaluiert wird. Dies wird vom Landesjugendamt begleitend realisiert. Für mich und für die CDU-Fraktion ist dies der richtige Weg. Dadurch können Stärken und Schwächen des bestehenden Konzeptes analysiert, verbessert und weiterhin umgesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Linksfraktion! Ihr Antrag löst bei Weitem nicht das Problem der immer weniger werdenden Kinder und Jugendlichen im ländlichen Raum und damit einer immer geringeren Mittelzueisungen an die Landkreise in Form der Jugendpauschale.

Zwischenfrage der Abgeordneten Klepsch

Liebe Frau Klepsch! Darin stimme ich mit Ihnen nicht überein. Ich stimme Ihnen nur zum Teil zu. Ich habe keinen anderen Haushaltsentwurf, als Sie. Anscheinend kann ich besser lesen als Sie. Fakt ist eines: Der Haushaltsansatz – Sie haben Recht – ist, wenn man sich einmal den Ansatz für 2010 im Vergleich zu dem vorgeschlagenen Ansatz von 2011 ansieht, halbiert worden. Die Ist-Zahlen von 2009 und die avisierten Zahlen von 2010 stehen bei 1,086 Mio. Euro. Wenn nun der neue Haushaltsansatz in

dieser Position weiterhin 1 Mio. Euro vorsieht, weiß ich nicht, wo diese Haushaltsposition halbiert worden ist.

Sie haben außerdem gefragt, ob ich Ihnen Recht gebe, dass es Geld kostet. Natürlich kostet es Geld. Wie wir heute Morgen bereits besprochen haben, befinden wir uns momentan in den Haushaltsverhandlungen. Wie haben den Entwurf von Frau Clauß für den Sozialbereich vorliegen. Wir als Landtagsfraktion sind dabei, über diesen Entwurf zu beraten und zu befinden. Schauen wir einmal, was Ende Dezember, wenn wir über diesen Haushalt beschließen, heraus kommt. Ich lade Sie übrigens gern dazu ein, diesem zuzustimmen.

Wie werden sehen, was darin steht.

Zwischenfrage des Abgeordneten Jennerjahn

Herr Jennerjahn, vielen Dank für die Frage. Ich kann nicht nachvollziehen – mir liegen andere Informationen vor -, welche Dinge aus dieser Haushaltsposition finanziert werden. Ich habe mit Vertretern anderer Träger gesprochen, die beispielsweise aus dieser Haushaltsposition Geld bekommen und dementsprechend ihre Arbeit leisten. Ich habe nirgends etwas von schleppenden oder verschleppten Mittelabrufen und –abfragen gehört. Der Fakt ist und bleibt: In dieser Haushaltsposition steht 1 Mio. Euro. Im Jahr 2009 wurden 1.086 Mio. Euro aus dieser Haushaltsposition abgerufen. Es scheint so – das ist die Aussage aus dem SMS -, als bewegen wir uns bei den Ist-Zahlen 2010 in gleicher Höhe. Damit ist für mich das Argument, wir würden hier um 50% kürzen, hinfällig. Aber bitte: Noch einmal die Aufforderung: Wir sind in Haushaltsverhandlungen, wir haben einen Vorschlag und wir gehen jetzt mit diesem Vorschlag um.

Ich fahre in meinen Ausführungen fort.

Meine Damen und Herren der Linksfraktion!

Ihr Antrag löst bei Weitem nicht das Problem der immer weniger werdenden Kinder und Jugendlichen im ländlichen Raum und damit einer immer geringeren Mittelzueisungen an die Landkreise in Form der Jugendpauschale.

Das, meine Damen und Herren von Links, ist das eigentliche Problem, das wir in der Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum haben.

CDU und FDP haben sich dieses Problems angenommen, so, wie wir es im Übrigen in der Diskussion im März dieses Jahres zugesagt haben. Wir sind mit den Kommunen deshalb im Gespräch und werden Ihnen schon bald einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, wie wir dieses Problem beheben können.

Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag heute ablehnen.

Darüber hinaus versuchen Sie, mit diesem Antrag außerdem, haushalterische Beschlüsse hier und heute zu erzwingen – wohl wissend, dass wir uns derzeit in allen parlamentarischen Gremien mitten in den Haushaltsberatungen befinden. Sie wollen wieder einmal Ausgaben erzwingen, völlig losgelöst von jeglichen Gesamtdiskussionen. Das ist unserer Meinung nach unverantwortlich und hat mit nachhaltiger Politik für die kommenden Generationen nichts zu tun.

Vielen Dank.